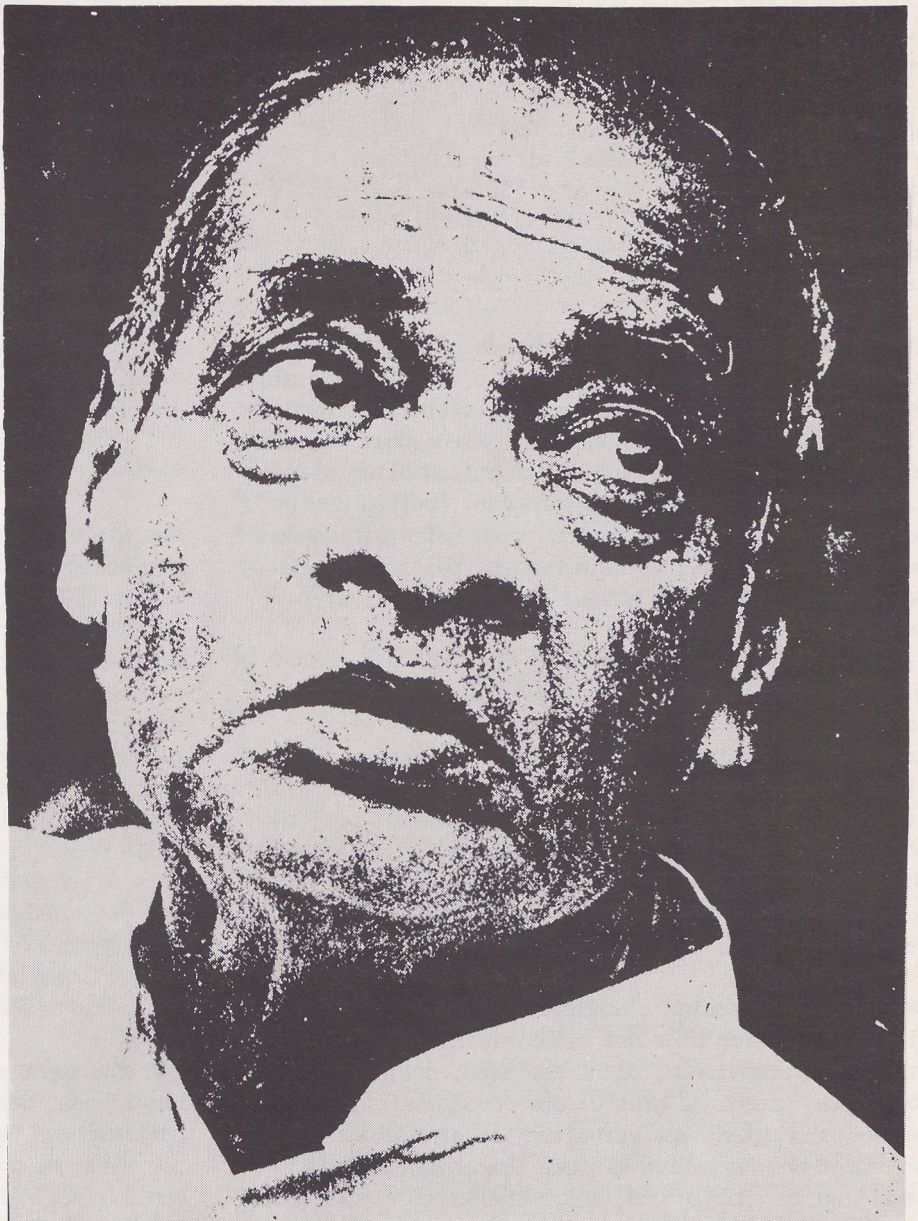


INTERVIEW:

mit dem indischen Premierminister Narasimha Rao (70), der aus den Nachwahlen zur 'Lok Sabha' (Unterhaus) als großer Sieger hervorging. Seinen Wahlkreis Nandyal (Andhra Pradesh) gewann er mit einer Rekordmehrheit von 580.000 Stimmen. Insgesamt fanden im November Nachwahlen zur 'Lok Sabha' in 15 Wahlkreisen statt. Der 'Congress-I' gewann 8, die 'Bharathiya Janatha Party' 3 und der 'Forward Block' (Westbengalen) errang einen Sitz. In drei Wahlkreisen wurden die Wahlen annulliert. Dort muß erneut gewählt werden.

Das Gespräch mit dem Premierminister führen zwei Redakteure des südindischen Nachrichtenmagazins 'Frontline'. Wir veröffentlichen Auszüge aus dem Gespräch:



Herr Premierminister, wie sehen Sie die Entwicklungen in der Sowjetunion, die mit Sicherheit den Verlauf der Geschichte des zwanzigsten Jahrhundert verändert haben?

Sie haben die Frage schon selbst beantwortet. Sie haben die Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts in einer sehr wahrnehmbaren, greifbaren Art und Weise verändert. Ein seit langem dort etabliertes System scheint in Schwierigkeiten geraten zu sein und befindet sich im Kampf mit dem Wandel. In der Politik ist das Aufwallen des Phänomens, das man 'Nationalismus' oder 'Sub-Nationalismus' nennen könnte, in vielen Republiken zu beobachten. Die Wirtschaftskrise ist dort auch eine Realität. Wir hoffen, daß die neue politische Ordnung, die sich herausbildet, noch für die Bevölkerung des gesamten Landes von Nutzen ist. Es ist noch zu früh, um in Bezug auf die Form, die sie annehmen wird, etwas vorauszusagen. Denn die Sache ist wirklich zu komplex. Wir haben Präsident Gorbatschow wegen allem, was er in den letzten fünf oder sechs Jahren unternommen hat, bewundert. Der Coup hat uns daher sehr beunruhigt. Glücklicherweise ist er unbeschadet daraus hervorgegangen. Nun geht er die anderen

Probleme an. Wie ich schon sagte, ist es für eine klare Voraussage zu früh, ich kann aber nur hoffen, daß sich im Laufe dieses Prozesses ein Gefüge, ein System für das sowjetische Volk entwickelt, das dauerhaft und gut für sie ist.

Es besteht die Sorge, daß einige der Entwicklungen in der Sowjetunion negative Folgen für Indien haben könnten. Zum Beispiel auf das Indo-Sowjetische Abkommen.

Ich glaube nicht, daß irgendein Teil des Indo-Sowjetischen Abkommens ungültig wird. Der Schwerpunkt kann sich natürlich verschieben. Die Art und Weise wie eine Klausel in einem Vertrag angewendet wird und ob sie überhaupt zur Anwendung kommt hängt von so vielen, unvorhersehbaren Umständen ab. Ich sehe daher keinen Grund für Befürchtungen, daß der Vertrag eine andere Bedeutung haben wird, als er bis jetzt gehabt hat.

Glauben Sie, daß der sezessionistische Trend in der Sowjetunion uns in Indien hinsichtlich der Beziehungen zum Zentralstaat zum Nachdenken zwingt?

Nun, wir müssen uns dieser Dinge bewußt sein, und wir

sind uns dessen bewußt. Und in der Art und Weise wie wir mit diesen Problemen umgehen, zeigt sich unsere Wachsamkeit. Die Sache ist in sich schwierig; sie hat sich in eine Richtung entwickelt, wo es keine einfache Lösungen gibt, außer äußerster Geduld und Ausdauer. Und ich bin optimistisch, daß wir es schaffen. Es braucht Zeit, denn wir können nicht erwarten, daß dieses Problem schnell lösbar ist. Es hat lange gedauert bis es sichtbar wurde; ja, es wird lange dauern bis es wieder verschwunden ist.

Wir würden gern zu Ihren Erfahrungen an der Spitze einer Minoritätsegerierung kommen. Wie schätzen Sie die Zukunftsperspektiven, zumindest die mittelfristigen, ein? Auf der einen Seite haben Sie wiederholt von der Notwendigkeit des "Konsens" hinsichtlich aller wichtigsten Fragen des Landes gesprochen. Aber es deutet noch nicht viel darauf hin, daß sich solch ein Konsens herausbildet ... sei es beim Punjab, der sogenannten Rama Jannabhoomi-Babri Masjid Affäre oder bei Wirtschaftsfragen.

Wir machen den Versuch, und wie ich schon oft zum Ausdruck gebracht habe, finde ich die Reaktionen der anderen Parteien darauf ganz ermutigend. Zu einer totalen Übereinstimmung sind wir allerdings tatsächlich nicht gekommen. Wir haben versucht, problembezogene Unterstützung von Parteien zu bekommen. Im großen und ganzen hat das auf beiden Seiten gut funktioniert, und es besteht kein Grund zur Annahme, daß dies nicht weiterhin so gut funktionieren soll. Ich bin mir dessen ganz sicher.

Was unsere allgemeine landesweite Lage angeht, haben wir im Augenblick eine Art tripolare Situation - die drei Hauptformationen, nicht Parteien, drei Pole, könnte man sagen. Da gibt es den 'Congress (I)' und seine Verbündeten. Wie verhalten Sie sich einerseits gegenüber der Formation mit der 'Barathiya Janatha Party' an der Spitze und, andererseits, zur 'National Front', die selber eine Koalition ist, und zur Linken? Tatsächlich sind es vier; sie sind die Vierten.

Sie meinen die Linken ...?

Wenn Sie die 'National Front' und die Linke als eine Einheit sehen, sind es drei. Wenn sie separat gesehen werden, sind es vier.

Ich meine drei Formationen auf nationaler Ebene, mehr oder weniger.

Auch dann, wenn man sie territorial oder nach Parteizugehörigkeit sieht... sie lassen sich einfach nicht unter einen Hut bringen. Nun, Ich würde sagen: Ich, d.h. wir haben im großen und ganzen keine Beziehung zur BJP. Es gibt jedoch Punkte, wo sie gleicher Meinung sind, und insbesondere Punkte, wo alle gleicher Meinung sind ... das hat es durchaus schon gegeben, es sind schon viele Gesetze einstimmig verabschiedet worden. Das heißt aber nicht, daß jeder gemeinsame Sache mit jedem gemacht hat. Das wäre eine perverse Sichtweise. Was ich versucht habe auszudrücken, ist, daß die BJP uns nicht sehr nahe steht. Sie ist wirklich am weitesten von uns entfernt.

Ideologisch oder politisch?

Ideologisch. Ich habe in Gegenwart von Vajpayee und Advani (Führer der BJP, d.Red.) aus ihren eigenen Manifesten zitiert. Ich sagte: Wodurch sollten sich angesichts dieser beiden Manifeste Gemeinsamkeiten ergeben? Ihre Außenpolitik und so viele andere Sachen. Aber das heißt nicht, daß die BJP wie ein Feind behandelt werden sollte. Menschen haben sie in dieser Anzahl (ins Parlament) geholt. Wir müssen mit ihnen im Parlament umgehen; wir müssen mit ihnen draußen politisch umgehen. Wenn sie in bestimmten Punkten mit uns übereinstimmen, oder mit allen anderen, sollte das keine Schwierigkeit sein. Aber wenn wir unseren eigenen ideologischen Standpunkt und das, zu dem wir uns verpflichtet haben, vertreten, ist der Umgang mit der BJP ganz und gar nicht einfach, sogar äußerst schwierig.

Was die Linke angeht, wie sehen Sie die Beziehungen?

Wir haben keine großen Schwierigkeiten mit der Linken. Wir haben festgestellt, daß wir in Bezug auf außenpolitische Fragen und andere Themen in Bezug auf die Anti-Armutsprogramme usw., in Bezug auf die meisten Programme, keine großen Differenzen haben. Ich glaube, daß es Differenzen bei der neuen politischen Richtung, die wir eingeschlagen haben, der Maßnahmen hinsichtlich Wirtschaft und Industrie, gibt. Sie werden erörtert, wortreich zum Ausdruck gebracht. Aber andererseits haben sie auch keine Alternative, keine brauchbare Alternative, anzubieten. Obwohl ihre Haltung in der Öffentlichkeit so bleiben wird wie sie schon immer war, geben sie mehr oder weniger zu, oder sollten zugeben, daß wir das getan haben, was unvermeidbar war und getan werden mußte.

Und wie steht es mit der Beziehung zur 'National Front' oder der 'Janata Dal' von V.P. Singh, dem bestimmenden Faktor dieses Bündnisses?

Sie sind uns in vieler Hinsicht sehr nahe. Viele kommen aus den Reihen des 'Congress'. Soweit müssen sie Gemeinsamkeiten haben oder sie gehabt haben. Aber dann wiederum die Art und Weise, wie die Partei aufgebaut wurde und wie sie von Zeit zu Zeit in der Öffentlichkeit aufgetreten sind, und auch ihre unmittelbare Vergangenheit ... das schafft eine gewisse Kluft. Wiederum stellt sich die Frage, wie wir auf sie zugehen, wie sie auf uns zugehen. Davon hängt in einem hohen Maße die Unterstützung ab, die wir bekommen oder nicht bekommen.

Nun zur Frage: Die Beziehungen zwischen der Union und den Bundesstaaten. Wirklich ein sorgenvolles Kapitel in unserer Geschichte. Seit es die republikanische Verfassung gibt, ist 96 mal der Präsident zur Übernahme der Regierung in verschiedenen Bundesstaaten aufgerufen worden. Wie steht es mit Ihrer Haltung gegenüber den Bundesstaaten, die nicht vom 'Congress' geführt werden?

Ich habe während meiner kurzen Amtszeit versucht darauf zu achten, daß die Regierungen in den Bundesstaaten, unabhängig davon, von welchen Parteien sie getragen werden, sich in keiner Weise diskriminiert fühlen. Wir haben Schwierigkeiten auf nationaler

Ebene; diese spiegeln sich natürlich in den Bundesstaaten wider, ganz gleich, ob es sich um diese oder jene Partei handelt. Ich war in Orissa. Da gab es Überschwemmungen. Ich sah mir alles von der Luft aus an, weil wir das Dorf einfach nicht besuchen konnten. Dann hat mich die Presse darüber befragt. Ich machte klar, daß hier die Not der Menschen an erster Stelle stehe. Dabei dürfe es nicht um Parteipolitik gehen. Ich sei in das Katastrophengebiet gekommen, um mit der Staatsregierung zusammenzuarbeiten. Die Pressevertreter versuchten mir Fragen zu stellen: 'Sind Sie zufriedengestellt? Sind Sie nicht zufriedengestellt?' Ich sagte: 'Sie müssen verstehen, nach einer Stunde Überprüfung aus der Luft kann ich kein Wertung darüber abgeben, was die Regierung von Orissa tut. Werden Mängel festgestellt, ist es die Aufgabe des Ministerpräsidenten des Bundesstaates, sie zu beheben.'

Mehrere Wirtschaftsexperten haben ernsthafte Befürchtungen darüber zum Ausdruck gebracht, daß unsere wirtschaftliche Unabhängigkeit durch Entscheidungen Ihrer Regierung unter Druck geraten sei.

Sehen Sie, es ist sehr schwierig, über Begriffe wie wirtschaftliche Unabhängigkeit, die beeinträchtigt oder nicht beeinträchtigt wird, zu reden. Schließlich ist eine Situation vorgegeben; um dieser Situation gerecht zu werden, lassen wir uns etwas einfallen. Wir reden mit unseren Gläubigern; diese sind vielleicht etwas anderer Meinung; dann diskutieren wir; wir kommen zu einer Einigung. Es ist nicht notwendig für uns, mit allem, was sie sagen, einverstanden zu sein. Ich kann mich erinnern, daß wir sie hinsichtlich bestimmter Dinge überzeugen konnten. Sie hatten sie am Anfang von uns verlangt ... aber wir haben ihnen gesagt: 'Auf keinen Fall.'

Können Sie uns ein Beispiel geben?

Nun, ich gebe Ihnen ... wenn die Sache ins Parlament kommt, werden Sie sehen. Wir werden elaborieren, da sehe ich keine Schwierigkeiten. Ich glaube nicht, daß es eine Frage von 'Friß oder stirb' ist. So kann es nie sein. Das kann ich Ihnen versichern.

Was die Unternehmenspolitik angeht - empfinden Sie nicht bei Ihrer Ideologie, ihrem eigenen, persönlichen Ansatz als Regierungschef, die durchgeführten Maßnahmen als ziemlich drastisch? Ich denke, es ist möglich, dem ganzen einen neuen Namen zu geben und 'Nehruvianischen Ansatz' zu nennen. Aber spezifische Sachen wie z.B. ein 51 prozentiger Eigenanteil bei ausländischem Kapital in verschiedenen Wirtschaftssektoren oder das Einschränken des öffentlichen Sektors, wäre dies nicht ein Aufgeben von ...

Nein, dies wäre kein Aufgeben in dem Sinne wie wir ein Aufgeben verstehen. Sehen Sie, es gibt einen Spielraum für Politik. Es ist nicht wie bei einem großen, total zentralisierten Wirtschaftssystem. Wir haben eine Mischwirtschaft. Das ermöglicht den Spielraum: in diesem Spielraum, einem Spektrum, wenn Sie so wollen, kann man ein wenig zu dieser oder jener Seite tendieren. Das ist der Vorteil. Panditji (Jawaharlal Nehru) wollte nie, daß zum Beispiel Landwirtschaft verstaat-

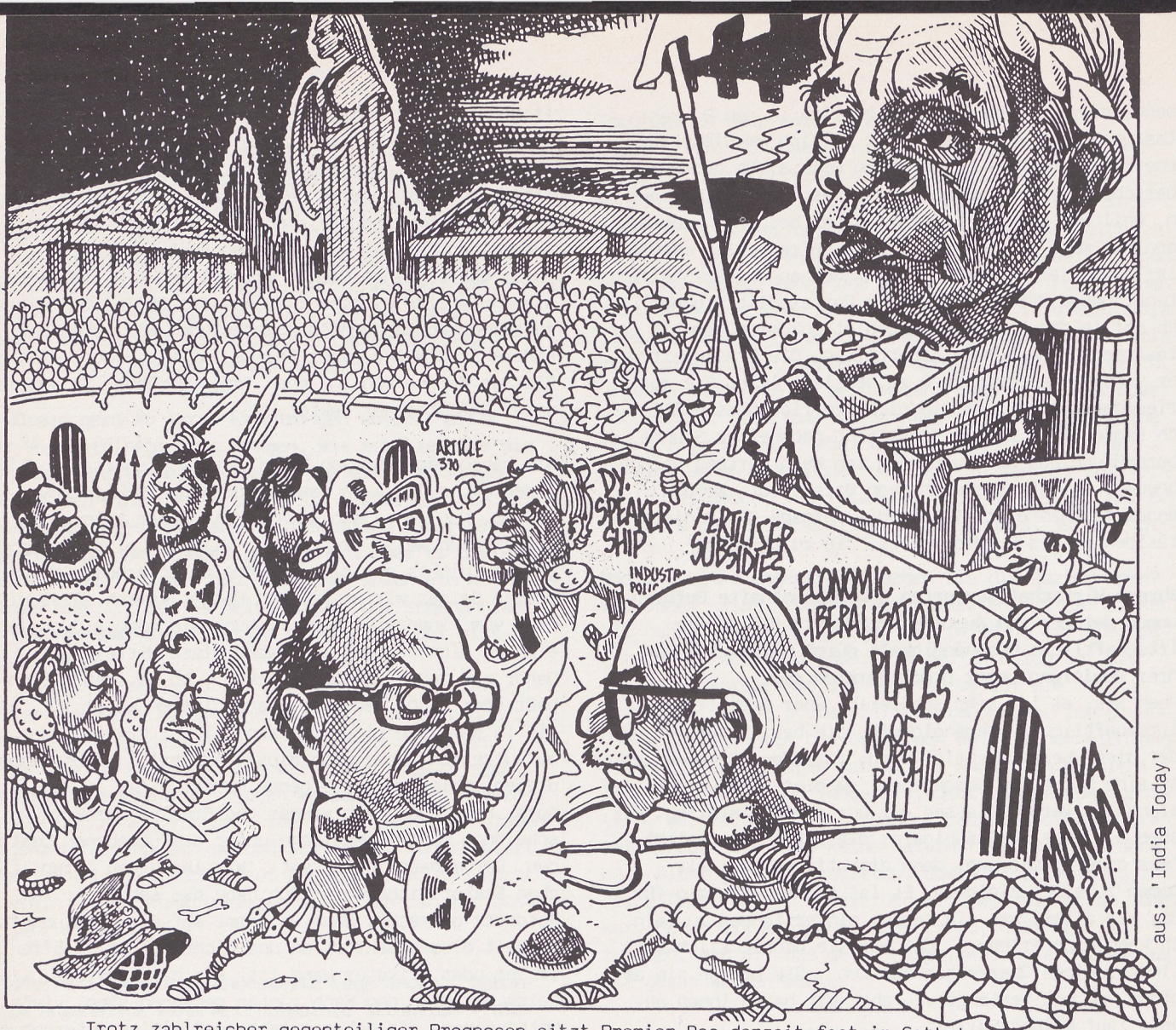
licht wird oder dem öffentlichen Sektor zugewiesen wird. Er kannte den indischen Bauern. Er verstand etwas von der indischen Psyche. So ließ er es beim alten. Auf der anderen Seite erkannte er die Wichtigkeit von Schwerindustrie und die Wichtigkeit, diese Schwerindustrie im öffentlichen Sektor zu halten. Dafür gab es einen Grund. Wir wollten ein Stahlwerk; niemand wollte es geben; so kam das Bhilai Stahlwerk zu seiner epochemachenden Bedeutung. Wir haben noch andere Stahlwerke, aber Bhilai ist ein Symbol. Sehen Sie, so dachte man in jenen Tagen darüber. So entstand unser öffentlicher Sektor.

Wir haben ungefähr 100 Milliarden Rupien (ca. 8 Milliarden DM, d.Red.) in den öffentlichen Sektor investiert. Nun, wenn man wirklich in einer halbwegs annehmbaren Weise expandieren will und nichts oder so gut wie nichts aus dieser Summe zurückerhält, dann müssen Gelder wieder aus dem Budget kommen. Also direkt vom Finanzministerium. Nun, die kann es von dort einfach nicht geben. Wir haben diese Mittel nicht. Daher muß der öffentliche Sektor, ob es ideologisch paßt oder nicht, auf dem Stand bleiben wo er ist, bis wir in der Lage sind, das Kapital zur Erweiterung aufzutreiben. Aber wenn diese Industrien nicht expandieren, bringt der steigende Bedarf alles in Unordnung. Hier haben wir wieder das Problem der Entscheidung für das Mögliche unter den gegebenen Umständen. Darum habe ich gesagt: 'Wir lösen den öffentlichen Sektor nicht auf.' Ich habe das sehr klar zum Ausdruck gebracht. Denn es kommt auf die Leistungsfähigkeit dieses Sektors an und nicht, ob er in öffentlicher oder privater Hand ist. Wir haben erlebt, wie beide Sektoren den Bach runter gegangen sind, viele Unternehmen. Wir haben erlebt, daß einige Unternehmen in beiden Sektoren ausgezeichnete Fortschritte zu verzeichnen haben und zum Wohle der Nation beitragen. Wir sind daher heute in einer Zeit (und viele westliche Wirtschaftsexperten stimmen damit überein), wo die vergleichbare, relative Leistungsfähigkeit der Industrie viel wichtiger ist, als die Tatsache, wer sie besitzt.

Die nächste Frage betrifft Sri Lanka. Ich werde jetzt nicht in Einzelheiten gehen. Wir wissen, wo die LTTE steht in Bezug auf unsere Politik. Aber würden Sie nicht als jemand, der auf Außenpolitik und Beziehungen zu unseren Nachbarn spezialisiert ist - Sie waren auch Außenminister, Verteidigungsminister usw. -, folgender Analyse zustimmen. Daß unsere Politik nach 1983 sehr schwach war, weil sie etwas Schizoides an sich hatte. Auf der einen Seite keine Unterstützung der Eelam Forderung und Einsatz für die Einheit Sri Lankas ... Ja.

Andererseits haben wir die verschiedenen militanten Gruppen militärisch aufgebaut oder ihnen dabei geholfen, Druck auf den politischen Prozeß, den Verhandlungsprozeß, auszuüben. Und diese Politik hat sich als sehr kostspielig erwiesen.

Ich bin nicht der Meinung, daß wir irgend jemanden aufgebaut haben ...



aus: 'India Today'

Trotz zahlreicher gegenteiliger Prognosen sitzt Premier Rao derzeit fest im Sattel.

Trotz aller Beweise ...?

Ich könnte dem nie zustimmen, daß wir absichtlich jemanden aufgebaut haben. Im Gegenteil, wir sind immer auf der Empfangsseite gewesen, bei dem Hin und Her aller Flüchtlinge. Am heutigen Tag hat der Vergleich von 1987 noch immer seine Gültigkeit. Es ist so viel geschehen. Die 'Friedenstruppen' (IPKF) sind nach Indien zurückgekehrt und die srilankische Regierung ringt mit den Problemen im eigenen Land, und wir haben uns auf unserer Seite ein Problem eingehandelt. Wir haben es in Angriff genommen und arbeiten dabei mit der Regierung des Bundesstaates von Tamil Nadu zusammen. Das ist eine absolut neue Situation, und ich meine, darauf sollten wir uns konzentrieren.

Wird der Indo-Sri Lankanische Vertrag gültig bleiben?

Nun, so weit wie wir das beurteilen können, ist der Vertrag noch gut. Natürlich sind zur Vertragsausführung beide Seiten nötig. Zu diesem Zeitpunkt können wir nicht sagen, kann ich nicht sagen, ob er sofort implementiert wird ... aber in der Richtung des Vertrages, in dieser Richtung, müßte letztendlich die Lösungen zu finden sein.

Sind Sie im Zusammenhang mit der Einschätzung der Rolle der LTTE usw. und der Auswirkung dieses Problems auf unser eigenes Leben davon überzeugt, daß die Un-

tersuchungen des tragischen Mordes an Ihrem Vorgänger gründlich durchgeführt werden und zu diesem Zeitpunkt ein entsprechender Fortschritt zu verzeichnen ist?

Nun, es wird wirklich gute Arbeit unter sehr, sehr schwierigen Bedingungen geleistet. Mir werden Einzelheiten berichtet, und ich erkenne, wie schwierig es ist. Ich kann daher nicht mehr darüber sagen (siehe dazu auch den Artikel in dieser Ausgabe, d.Red.).

Einige Statements des pakistanischen Premierministers in letzter Zeit deuteten darauf hin, daß Spannungen zunehmen, es Krieg geben könnte. Es ist keine positive Einstellung erkennbar, was den Aufbau freundschaftlicher Beziehungen zu Indien angeht.

Was geschehen ist, ist, daß mehr oder weniger an dem gleichen Tag, an dem er der 'Newsweek' dieses Interview gegeben hat, sein Außenminister als sein persönlicher Vertreter mit einer sehr anderen Botschaft hierhin kam. Nun müssen wir reagieren.

Sie scheinen aber im Punjab einfach mit allem weiterzumachen.

Das ist ja genau der Punkt. Den haben wir auch zur Sprache gebracht. Man hat uns jetzt gesagt, daß sich dort die Situation merkbar wandeln wird. Wir warten also auf den Wandel.

Übersetzung: Uta Uchegbu